DIE LINKE

März 2018

Ortsverband Rottenburg
Hirrlingen Starzach Neustetten
www.die-linke-rottenburg.de

Neues aus dem Neckartal
in Farbe jetzt auch auf
www.tuebingen.die-linke-bw.de

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Rottenburg nachhaltig entwickeln

Neues Leitbild für Stadtentwicklung nötig

Seit längerem ist Rottenburg eine Fairtrade-Stadt und seit Sommer 2016 besitzt sie im Schadenweiler-Hof die zweite Fairtrade-Hochschule in Baden-Württemberg. Wenn es aber um die Gewerbestrategie geht, vergisst die Rathausspitze alles und benutzt Fairtrade bestenfalls als Feigenblatt für die Zerstörung einer biologische orientierten Landwirtschaft und einer Erholung in reizvoller Natur.

Obwohl die Imakomm-Studie als „Bestand“ 19,5 ha für Gewerbeansiedlung angibt und laut Flächennutzungsplan weitere 22 ha entwickelt werden könnten, zählt nichts, kein Landschaftsplan, kein Flächennutzungsplan und keine 2.000 Unterschriften gegen das Gewerbegebiet Galgenfeld. Dabei fehlen in der Vorlage für den Gemeinderatsbeschluss alle bisherigen Rechtfertigungen, Senkung der Pendlerzahlen, höhere Einnahmen, Dringlichkeit.

Alle Bedenken und Gegenargumente wischt die Rathausspitze weg, um der Fata Morgana höherer Gewerbesteuereinnahmen hinterherzuhecheln. Wie armselig!

Dabei ist Nachhaltigkeit für nachfolgende Generationen nötiger denn je: Die Flächenversieglung nimmt zu und mit ihr die Zerstörung der Nahrungsproduktion durch weniger Ackerbauflächen. Wald wird gerodet, Kaltluftschneisen wie das Neckartal zugebaut, Wassergebiete und die Regeneration von Pflanzen und Tieren werden gefährdet, das Bienen- und Insektensterben ist erschreckend.

Rottenburg
Stadt am Neckar

Weit weg scheinen die Schreckensbilder von Hochwasserkatastrophen, von Luftverpestung wie in Peking, von Hungerepidemien in Afrika durch Dürre, von Meeren, die durch unser Plastik verseucht sind. Nur Milliardäre wie Trump leugnen, dass diese Katastrophen vom Menschen verursacht werden!

Doch Nachhaltigkeit meint mehr als nur Natur und Landwirtschaft. Sie besteht laut internationaler Festlegung aus den drei Pfeilern Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Ein Leitbild, das auf Gewerbeansiedlung verkürzt wird, ist von vornherein falsch. Es verherrlicht das Gewinnstreben großer Konzerne, die nur auf quantitatives wirtschaftliches Wachstum „Immer schneller, höher, weiter als andere“ ausgerichtet ist, also auf Konkurrenz anstelle von Partnerschaft und behutsamer Nutzung der endlichen Ressourcen der Natur.

Von dieser Vorstellung von Wachstum muss sich Rottenburg lösen und ein neues, nachhaltiges Leitbild für seine Entwicklung diskutieren. Schon 1981 war Bundeskanzler Willy Brandt von der Leitidee „Global denken – lokal handeln“ ausgegangen und hatte in „Das Überleben sichern“ einen qualitativ neuen Begriff von Entwicklung gefordert: „Es gilt, von der ständigen Verwechslung zwischen >>>

Lesen Sie weiter:

Stuttgart 21 - Die verzweifelte Lage für Befürworter Seite 3

Heiße Demonstration auf dem Metzelplatz Seite 4

Lösen Tafeln das Ernährungsproblem in Deutschland? Seite 7

Ist Rottenburg ein Schmarotzer? Seite 9

Nichts ist gut in Afghanistan Seite 11

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!
Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Wachstum und Entwicklung loszukommen (...). Die generellen Merkmale der Entwicklung gewinnen menschliche Züge, wenn wir nach der Befriedigung der Grundbedürfnisse fragen. Betrachten wir zunächst die drei wichtigsten Gebiete Gesundheit, Wohnung und Erziehung."

Rottenburg muss aufholen in den Bereichen Mensch und Natur

Zur sozialen Nachhaltigkeit gehört vor allem der preiswerte Mietwohnungsbau in Rottenburg, den Verwaltung und CDU jahrelang blockiert haben – zugunsten der Eigenheimbauer mit hohem Flächenverbrauch. Unsere Stadt hat den höchsten Bevölkerungszuwachs im Landkreis und wird um 3.500 Einwohner in sieben Jahren zunehmen. Hier werden Krippen, Kindergärten und Schulbauten gebraucht und selbstverständlich Jugend- und Bürgertreffs, um Ghettos und eine „Schlafstadt" zu verhindern. Um dies zu planen, Kinder zu erziehen und zu bilden, ältere Mitbürger zu pflegen, benötigen wir eine Ausbildungsoffensive für neue und gut qualifizierte Kräfte. Das bedeutet soziale Nachhaltigkeit!

Ökologische Nachhaltigkeit fehlt uns in der Landschaftspflege mit einem Schutzgebiet und der Pflege von Tierarten, in der Förderung von biologischer Landwirtschaft ohne Pestizide und Glyphosat, in regionalen Märkten mit Produkten unserer Bauern, auch um den CO2-Verbrauch beim Transport zu senken. Der Flächenverbrauch muss beim Wohnbau und der Gewerbeansiedlung drastisch gesenkt werden. Vermeidung von Müll und Plastik muss verstärkt werden.
Nachhaltige Ökonomie beginnt mit der Verpflichtung von Gewerbe und Industrie zur Senkung ihres Energiebedarfs, verdichtetem Bauen, Nutzung brachliegender Flächen, weniger Parkplätzen und dem Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer für alle, die die Infrastruktur der Stadt nutzen. Die Einhaltung dieser Vorgaben muss die Verwaltung effektiv kontrollieren!

Erpressung durch Landesregierung beenden

Gegenwärtig planen zahlreiche Kommunen in der näheren Umgebung neue Gewerbegebiete, Tübingen mit Hirschau, Weilheim, Bühl, dann Horb, Altenburg und in Empfingen Bürgermeister Ferdinand Truffner, das Rottenburger CDU-Gewächs, ein riesiges Gebiet direkt an der A 81.
Nicht zufällig werden diese „Ideen" von Bürgermeistern der CDU und Grünen lanciert. Sie wollen damit nicht nur Prestige, sondern Einnahmen für ihre Kommune generieren, weil die grün-schwarze Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich (FAG) immer stärker plündert: Per Haushaltserlass hat Finanzministerin Edith Sitzmann („Grüne") den Kommunen 2,4 Milliarden Euro für die Jahre 2017-2019 aus dem FAG gestrichen. Die Bürgermeister der Stuttgarter Regierungskoalition wehren sich nicht, sondern versuchen dies mit Gewerbeansiedlung auszugleichen – auch aus Karrieregründen. Dabei stehen sie in einer enormen Konkurrenz untereinander, die auf Kosten ihrer Bürger, der Landwirtschaft und der Natur geht. Denn natürlich verlangen die Betriebe wie in Rottenburg als erstes Senkung der Gewerbesteuer, mehr Parkplätze, billige Straßengebühren usw.
Deshalb unterstützt *DIE LINKE* den breiten Bürgerprotest gegen neue Gewerbegebiete wie in Kiebingen und fordert bezüglich jeglicher Gewerbeansiedlung:
Industrie und Gewerbe haben sich den Grenzen der Natur und den Grundbedürfnissen der Bevölkerung (Wohnen, Gesundheit, Ernährung, Bildung) unterzuordnen.

Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE"
Rottenburg

Die Rede von Dr. Emanuel Peter zur städtischen Gewerbestrategie, gehalten am 20. 3. 2018 im Gemeinderat, finden sie auf www.die-linke-rottenburg.de

Mai 68: Was genau ist geschehen? Was ist geblieben? Hat der Mai 1968 Deutschland verändert?

Offen die eigene Homosexualität bekennen – Schwangerschaftsabbruch legal – Behinderte überall gleichberechtigt – Selbstbestimmte Jugendclubs und Frauenhäuser – Datenschutz, Presse- und Demonstrationsfreiheit statt Notstandsgesetze – Systemkritik am Kapitalismus – Freie Erziehung in Kinderläden - Alternative Schulen – Energiewende statt Kernkraft – Basisdemokratie und Bürgerbeteiligung.

Heute scheint vieles selbstverständlich, was damals gefordert wurde. War dies nur eine „links-grün versiffte" Epoche unserer Republik oder Befreiung und Überwindung von fortlebenden Denkmustern aus der Nazi-Zeit und des „Muffs" der Nachkriegszeit? Und was bedeutet der Mai 1968 heute für uns?

Die beiden Referenten **Dr. Emanuel Peter und Florian Lany** als Angehörige ganz unterschiedlicher Generationen gehen in ihrem multimedialen Vortrag diesen Fragen nach und möchten im Anschluss mit Ihnen hierüber diskutieren.

VHS Rottenburg, Montag, 16. April 2018, 19.00 – 21.30 Uhr, Hauptgebäude, Raum 204 (2.OG): **Eintritt frei**

Stuttgart 21

Die verzweifelte Lage der Befürworter

Je mehr Stuttgart 21 ins Wanken gerät, desto verzweifelter wird die Lage für die Befürworter. So lassen sich diese alles Mögliche einfallen, um ihre Haltung doch noch irgendwie zu rechtfertigen.

Ihre Lieblingsargumente sind dabei immer wieder dieselben: Das Ergebnis der „Volksabstimmung“ sowie die Verpflichtung zur Einhaltung einmal geschlossener Verträge. Besonders die Grünen springen allzu gerne auf diesen Zug auf, um ihr Abweichen von ihrer einst ablehnenden Haltung zu S21 zu rechtfertigen. Die bekanntesten Umfaller-Figuren in diesem Zusammenhang sind Ministerpräsident Kretschmann, der Tübinger OB Palmer, der Stuttgarter OB Kuhn, aber auch der Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat Jochen Stopper.

Kürzlich kam es zu einer heftigen Kontroverse zwischen Stopper und dem pensionierten Richter Dieter Reicherter. Reicherter rückte diese verdrehten Behauptungen zurecht und führte aus, dass der ins Feld geführte „Volksentscheid im Jahr 2011“ weder mit der Durchführung des Projekts Stuttgart 21 insgesamt, noch mit der Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an diesem etwas zu tun hat.

Zur Abstimmung stand lediglich die Prüfung des Ausstiegs des Landes aus dem Finanzierungsvertrag. Mahnungen zur Vertragstreue, so Reicherter weiter, klingen gut, erinnern aber sehr an das Unwort des letzten Jahres „alternative Fakten“. Denn angefangen von der Kostenlüge, die überhaupt zum Abschluss des Finanzierungsvertrages geführt hat, bis hin zum Märchen des Unumkehrbaren, klingt das eher nach Kinderglauben als nach der Kunst des politisch Möglichen. Reicherter sieht Politik als Verpflichtung, im Interesse der Bevölkerung das Bestmögliche herauszuholen.

Auf ganz besonders dreiste Art haben die Bahn und einige Zeitungen kürzlich versucht, die ganze Misere um Kosten und Fertigstellungstermin von Stuttgart 21 den S21-Gegnern in die Schuhe zu schieben. So wurde behauptet, dass Stuttgart-21-Gegner zur Fällung bestimmte Bäume im Rosensteinpark mit Kot von Juchtenkäfern manipuliert hätten, denn in einem Hohlraum der Bäume soll sich eine alte Bierflasche mit Kotresten befunden haben. Prompt behauptete der Pressesprecher der Projektgesellschaft, Jörg Hamann, dass man angeblich mit ein wenig Kot von geschützten Arten jegliche Großprojekte verzögern oder gar stoppen könnte.

Der WAHN in der FLASCHE

Hier in Stuttgart ganz alleine
hat der HAMANN es vollbracht,
dass ein KÄFERLEIN so kleine
hat die BAHN kaputt gemacht.

Bei der PRESSE fand GEHILFEN
HAMANN willig und geschwind,
die bedenkenlos dann riefen,
dass die KÄFER SCHULDIG sind!

„JUCHTI“ lebte in den BÄUMEN,
die PROFIT im Wege steh’n,
aber uns doch schenken FREUDE –
trotzdem soll’n sie UNTERGEHN!

HAMANN fand einst in der FLASCHE
KOT und mehr in seinem WAHN.
JETZT wird dieser GEIST zu ASCHE –
SCHLUSS mit WAHNSINN bei der BAHN!

MENSCHEN dürfen ohne HAMANN
freudig leben mit dem TRAUM:
„OBEN BLEIBEN“ fängt jetzt bald an,
auch für unser’n FREUND den BAUM!

Dabei wäre es doch durchaus möglich gewesen, dass die Bahn selbst die fragwürdige Flasche deponiert hat, um die Naturschutzbestimmungen auszuhebeln.

Das wäre dann natürlich in ihrem Sinne, da sie ja in vielen Abschnitten des Projekts einen lockereren Umgang mit den Naturschutzbestimmungen begrüßen würde. Wer profitiert also am Ende von dieser Aktion? Die Bahn würde, wenn es bei diesen Vorwürfen gegen die Projektgegner bleibt, in zweierlei Hinsicht profitieren: Man brauchte sich eventuell in Zukunft nicht mehr so viele Gedanken um den Artenschutz zu machen und man hätte in den „Parkschützern“ und anderen Gruppierungen den idealen Sündenbock gefunden.

Daraufhin haben die Parkschützer und einige Mitarbeiter an der Mahnwache Strafantrag gegen die Deutsche Bahn AG und diverse Zeitungen wegen falscher Verdächtigung, Verleumdung und übler Nachrede gestellt.

Diese Geschichte wurde von Peter Främke aufgegriffen und in Verse gefasst, die wir mit dessen freundlicher Genehmigung hier wiedergeben dürfen:
S21-Lied-Verse im Februar 2018 von Peter Främke zu der alten HAMANN-Melodie:
„In Hannover an der Leine …“

Diesen Ausführungen wollen auch wir uns anschließen und deshalb weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Heiße Kundgebung auf dem Metzelplatz

Hunderte Bürger zeigten ihren Unmut

Trotz Wintereinbruch gab es unter den etwa 500 Teilnehmern eine heiße Stimmung, Gert Fleischer zählte sie aus den Redaktionsräumen im 1.Stock der Rottenburger Post. Viele Bürgern aus Kiebingen, Wurmlingen und sogar aus Ergenzingen feuerten die Redner an.

Ortschaftsrat Oswald Bachmann erinnerte an die Verantwortung der Gemeinderäte, nachfolgenden Generationen eine intakte Natur(-landschaft) zu hinterlassen. Dietmar Lipkow (Aktionsbündnis Galgenfeld) zerpflückte die so genannte Imakomm-Studie mit ihren absurden Prognosen und Berechnungsmethoden. Als einzige Stadträte sprachen Emanuel Peter und Christian Hörburger *(*beide ***DIE LINKE)*** und Volkmar Raidt (Freie Bürger), die den BürgerInnen ihre Unterstützung zusicherten.

Großen Beifall erhielt der überraschende Auftritt von Christina Huss aus Horb-Ahldorf (Bürgerinitiative Hau und Holzwiese): Dort will die Rathausspitze die letzten Naherholungsgebiete (18 ha Wald) vernichten, damit u.a. Norma mehr Lagerflächen erhält. Huss rief zum gemeinsamen Widerstand auf.

Dietmar Lipkow prophezeite: Wenn der Gemeinderat mit seiner Rottenburger Gro K.O.-Mehrheit aus CDU, SPD und JA das Gewerbegebiet Galgenfeld/ Rammert beschließt, werde der Widerstand erst richtig beginnen.

Fotos: I. Groschke, N. Kern

Gedanken zur Naturerhaltung!

Kiebingen mein Heimatort,
nicht um viel möcht ich da fort.
Doch heute ist es nicht mehr schön,
es fällt schwer mit 86 mit all dem umzugehn.
Bahnsteigverlegung geplatzt,
B 28 bahngleich ohne Unterführung hat viel Ärger gemacht.

Es war im Krieg und Nachkriegszeit schon so,
dass wir damals Bauern waren, machte uns froh.
Wir konnten uns ernähren, wir hatten keine Not,
vielen fehlte das Nötigste, nicht nur Brot.

Wir hatten Äcker Rottenburg-nah,
plötzlich waren Kinder da.
Der Kartoffelacker hat es ihnen angetan,
sie boten ihre Hilfe an.
Mit Eifer und Freude waren sie da,
bis es keine Kartoffeln mehr gab.
Als Lohn durften sie Taschen und Eimer mitbringen
und mit Brot, Eiern, Mehl und Kartoffeln füllen.

In der Ernte durften sie Ähren lesen,
Dafür hat es in der Mühle Mehl gegeben.
Ich habe es bis heute nicht vergessen,
wie dankbar und glücklich mit glänzenden Augen die Kinder gewesen.

Das war der Mutter Erde Lohn,
doch wer denkt das heute schon.

Den Flächenverbrauch zu stoppen,
das ist unser großes Hoffen.
Zu meiner Zeit haben wir nur von unserer Landwirtschaft gelebt.
Es war gut und schön, uns hat nichts gefehlt.

Doch heut ist das alles vergessen,
man braucht keine Äcker,
man holt im Supermarkt das Essen.

Rita Raidt, Kiebingen

Die Redaktion dankt herzlich für die Abdruckerlaubnis des Gedichts von Rita Raidt!

Lösen Tafeln das Armutsproblem in Deutschland?
DGB und Sozialverbände fordern höhere Hartz-IV-Sätze

Mitte Januar hat die Tafel in Essen einen Aufnahmestopp für Ausländer verhängt, weil „Einheimische“ sonst nicht genug Lebensmittel bekämen. Dies hat bundesweit zu einer scharfen Debatte über das Versagen des Sozialstaats ausgelöst.

Angeheizt wurde die Debatte nicht nur von der AfD, sondern vom Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der allen Ernstes behauptet, niemand müsse in Deutschland hungern, wenn es die Tafeln nicht gäbe, Hartz IV „deckt die Grundbedürfnisse ab“, damit habe „jeder das, was er zum Leben braucht“.

Unterstützt wurde er sofort von CSU-Fraktionschef ***Alexander Dobrindt***, der behauptet, dass Hartz IV die Lebensgrundlagen für Essen, Kleidung, Wohnung, Heizung und soziale Teilhabe sichere. Zustimmung kommt von FDP-Chef ***Christian Lindner***, dem Smartboy der Einmann-Partei mit 38.500 Euro Nebeneinkünften für sieben Vorträge bei Wirtschaftslobby-Organisationen (Tagesspiegel, 16.2.2018).
Selbst ***Christian Bäumler***, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, kritisiert Spahn, jeglichen Bezug zur Lebenswirklichkeit verloren zu haben, und fordert wie der DGB und Sozialverbände eine Erhöhung des Regelsatzes um mindestens 60 Euro monatlich.

Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, bezeichnete es als Schande, das 360.00 Kinder und Jugendliche gezwungen sind, täglich Tafeln zu besuchen, um satt zu werden. ***Ulrich Schneider*** (Paritä-tischer Gesamtverband) forderte die neue Gro K.O. auf, die Armutsbekämpfung ins Zentrum ihrer Politik zu stellen:

„Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements.“

Seit der Einführung der Hartz-Gesetze hat die Anzahl der Tafeln in Deutschland auf inzwischen über 1.000 vervierfacht.

Gerade eben hat die Deutsche Bank trotz hoher Verluste an ihre Mitarbeiter 2,3 Milliarden Euro Boni ausgeschüttet. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) besitzen 45 Deutsche so viel Vermögen wie die Hälfte der Bevölkerung, nämlich 241 Milliarden Euro. Dazu gehören zum Beispiel die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt, die als Großaktionäre des Autobauers BMW in diesem Jahr sogar Gewinnausschüttungen von mehr als einer Milliarde Euro erhalten.

Angesichts der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich und der offenkundigen Falschberechnungen des Hartz-IV-Regelsatzes (herzlichen Dank an Andrea Nahles, SPD!) fordern jetzt 229 Organisationen, DGB, Paritätischer Gesamtverband und Nationale Armutskonferenz an der Spitze endlich wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze in ihrem Aufruf:

Arme Menschen nicht gegeneinander ausspielen – Sozialleistungen endlich erhöhen

Die momentan geführte öffentliche Diskussion um eine Tafel zeigt, dass arme Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sozialstaatliche Leistungen müssen dafür sorgen, dass für alle hier lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft, das Existenzminimum sichergestellt ist. Es ist ein Skandal, dass die politisch Verantwortlichen das seit Jahren bestehende gravierende Armutsproblem verharmlosen und keine Maßnahmen zur Lösung einleiten. Damit drohen neue Verteilungskämpfe. Die Zahl derer, bei denen Einkommen und Sozialleistungen nicht im Mindesten ausreichen, um Armut zu verhindern, wird zunehmend größer. Es betrifft Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Erwerbslose und Geflüchtete.

Wieder einmal wird sichtbar, worauf Fachleute seit Jahren hinweisen: Die Regelsätze in Deutschland sind zu gering bemessen, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken. Für Ein-Personen-Haushalte und Alleinerziehende sieht der Hartz IV-Regelsatz täglich 4,77 Euro für Essen und alkoholfreie Getränke vor. Für Kinder im Alter unter sechs Jahren sind 2,77 Euro vorgesehen, für Kinder von sechs bis 14 Jahren 3,93 Euro.

Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt die Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssen, ist Ausdruck politischen Versagens in diesem reichen Land. Die Ehrenamtlichen der Tafeln vor Ort dürfen nicht länger dazu dienen, armutspolitisches Unterlassen auszugleichen. Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements.

Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, die Regelsätze in Hartz IV und der Sozialhilfe auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss auch für die Leistungen für Geflüchtete gelten, die bisher sogar noch niedriger sind. Sozialleistungen müssen nicht nur das nackte Überleben, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe ermöglichen.

Diese Erklärung wird getragen von über 30 bundesweit aktiven Organisationen. Weitere interessierte Organisationen und Initiativen, auch lokal und regional aktive, sind eingeladen, den Aufruf mit zu unterstützen.

Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Weg damit! - Wir haben‘s doch!

Ressourcenvergeudung und Dieselskandal

Darüber, dass der „Dieselskandal“ ein betrügerisches Manöver war, muss nicht mehr lange diskutiert werden. Von Unregelmäßigkeiten ist die Rede. Das kann schon mal vorkommen. Nobody is perfect. (Siehe Kasten.) Welches Maß an Ressourcenvergeudung aber die Folge ist, ist noch nicht so richtig in den Blick geraten. Das CO2 der Dieselmotoren sieht man nicht, aber die Halden mit Autowracks könnte man schon sehen.

Wie pervers unser Wirtschaftssystem geworden ist, lässt sich an den Vorschlägen zur Bewältigung des „Abgasmanipulationsbetrugsverdachts“ erkennen. Auch unser Rechtssystem scheint etwas lückenhaft zu sein. Der amerikanische Verbraucher wird entschädigt, der deutsche Autobesetzer wird ruhiggestellt und bleibt auf seinem Schaden sitzen. Nichts wird repariert, vieles einfach weggeworfen.

Die Autoindustrie hat mit den Manipulationen Profit gemacht. Warum kann man sie nicht dazu verpflichten, den Schaden zu beheben? Wenn es stimmt, dass bei Kosten von etwa 10 Prozent des Neuwagenpreises die Motoren auf den Stand zu bringen sind, damit sie den Vorschriften genügen, dann fragt man sich, warum dies nicht schon längst geschehen ist. Wer so findig ist, Manipulationssoftware zu entwickeln, wird doch wohl kostengünstige Lösungen für ein Hardwareproblem finden.

Betroffene Fahrzeuge sind noch in sehr gutem Zustand und mancher Autohändler ist sich sicher, dass ohne die drohenden Fahrverbote nur sehr wenig Autobesitzer daran dächten, ihr Auto zu verkaufen. Sollten der Betrieb von Fahrzeugen verboten werden, wäre dies eine Teilenteignung. Auch die Händler können mit den Dieseln nicht mehr viel anfangen. Wer kauft schon einen Verbots-Diesel? Sie werden ein Mindestangebot machen und den Kunden zum Kauf eines Neuwagens überreden.

> „Bei internen Tests sei festgestellt worden, dass eine korrekt entwickelte Software irrtümlich den falschen Modell-Versionen zugeordnet worden sei. "Unverändert geht die BMW Group davon aus, dass es sich bei dem Vorfall um eine fehlerhafte Software-Zuordnung handelt und nicht um eine gezielte Manipulation der Abgasreinigung", erklärte der Konzern.“ (Nach manager magazin vom 21.3.2018)

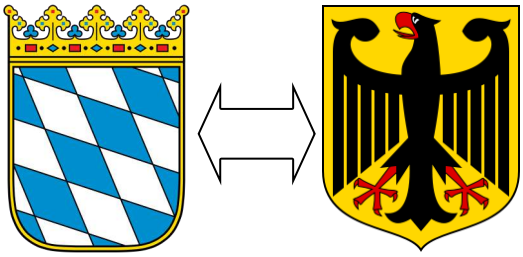
Viele Wagen werden der Schrottpresse ausgeliefert und wir können nur hoffen, dass durch sorgfältiges Recyceln viele wertvolle Rohstoffe wieder einem Kreislauf zugeführt werden. Wir sollen mit Rohstoffen sorgfältig umgehen und auf den Gebrauch von Plastiktüten verzichten, auf Kaffeekapseln aus Alu verzichten und unsere Batterien schön in die Sammelboxen werfen. Auf der anderen Seite werden Autos eingestampft um der Autoindustrie nicht zu schaden und um weiterhin ihren Profit zu mehren.

Karin Kern, Wendelsheim

Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat (CSU)

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, …“

Ist Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat (CSU) der falsche Mann am falschen Ort. Ist er ein Spalter, ein Zündler? In welcher Funktion meinte er sich so äußern zu müssen: Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Als Minister für Bau? Als Minister des Innern? Als Minister für Heimat?



Was nützt seine Aussage, Sie kann nur dazu dienen, auszugrenzen zu wollen. Wozu dient Ausgrenzung? In vielen Fällen führt sie dazu, der eigenen Gruppe bessere Eigenschaften zuzuschreiben, die Herrenrasse von den Untermenschen zu trennen.

Sollte Seehofer, nur um seinen ungeliebt Nachfolger Söder auszutricksen, diese Äußerung getan haben, um in die Schlagzeilen zu kommen? Dies würde viel von seinem Charakter zeigen.. Der Innenminister wird häufig auch als Verfassungsminister bezeichnet, dessen Aufgabe es ist, die Verfassung zu schützen und deren Durchsetzung zu garantieren. Mit seiner Äußerung wird er diesen Anforderungen nicht gerecht.

Zu Seehofers Heimatverständnis gehört die bayrische Lederhose. Er sollte dieses Heimatverständnis nicht auf Gesamtdeutschland übertragen wollen. Er ist noch CSU-Parteivorsitzender und deshalb am Sieg seiner CSU bei den Wahlen im Oktober interessiert. Andererseits, sollte die CSU verlieren, könnte Seehofer das dem Nachfolger in die Schuhe schieben. Seehofer ist bundespolitisch befangen. Er versteht sich als Wahlhelfer für die CSU und gegen die AfD ohne Rücksicht auf die Bundespolitik. Angela Merkel sollte sich schleunigst ihrer Richtlinienkompetenz besinnen und Herrn Seehofer sagen, wo er langzugehen hat, denn auch das Versagen einzelner Minister fällt auf die Kanzlerin zurück.

Merkels zerknirschter Auftritt bei ihrer Regierungserklärung war der erste Hinweis, dass die AfD bereits wirkt. Das Eingeständnis von eigenem Versagen war ein starken Entgegenkommen gegenüber die AfD.

Norbert Kern, Wendelsheim

Ist Rottenburg ein Schmarotzer?

Unsere Stadt nutze alle Annehmlichkeiten einer Kleinstadt, blockiere aber die Weiterentwicklung, sprich: neue Gewerbegebiete. Die „Gewerbegebiet-Verneiner oder -Verschieber“ würden sich auf Ökologie beziehen, aber sie würden Auspendler gutheißen. Wirklich? Mit solch abwegigen Argumenten geht der langjährige Gemeinderat und ehemalige Kreisrat Dr. Peter Cuno (WiR) auf die Kritiker der städtischen Gewerbestrategie los.

Völlig unbedarft von Kenntnissen über die Einnahmen unserer Stadt und ihre Zusammensetzung, zeigte er sich mit seiner Kritik. Es erstaunt, was in ihn gefahren ist. Lebt Rottenburg auf Kosten anderer Kommunen? Hängt nachhaltige Entwicklung nur vom Gewerbe ab? Leben nicht andere Kommunen von der (Bio-)Landwirtschaft und von Erholungsgebieten Rottenburgs, von seinen Waldgebieten und Streuobstwiesen? Hier ist jemand von Wirtschaftsinteressen der Industrie so geblendet, dass er die Grundbedürfnisse der Bevölkerung vergisst.

DIE LINKE vertritt eine entgegengesetzte Vorstellung von Entwicklung:

Die Verantwortung für Nachhaltigkeit mit ihren drei Pfeilern Ökonomie, Ökologie und Soziales tragen nicht nur Betriebe. Die Hauptverantwortung tragen Stadtverwaltung und Gemeinderat. Sie haben soziale Lebensbedingungen ihrer aktuellen Bevölkerung und künftiger Generationen im Einklang mit der Natur zu entwickeln. Dazu gehören grundlegende Bedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen, Ernährung und Bildung. Industrie und Gewerbe haben sich diesen Grundbedürfnissen und den Grenzen der Natur unterzuordnen.

Die Zahlen des Stadtkämmerers über die Zusammensetzung der Einnahmen der Stadt zeigen deutlich, dass das Gewerbesteueraufkommen konjunkturbedingt schwankt und sogar sinken kann, obwohl die Zahl der versicherungspflichtigen Beschäftigten in Rottenburg zwischen 2011 und 2015 um 1.400 Personen gestiegen ist! Hinzu kommt, dass die grün-schwarze Landesregierung den Kommunen per Haushaltserlass 2,4 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich (2017-2019) kürzt, obwohl mit diesen Geldern eigentlich „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Gemeinden und Städten hergestellt werden sollen.

Die tatsächlichen „Schmarotzer“ sind diejenigen, die seit Jahren die Infrastruktur unserer Gesellschaft nutzen, ohne entsprechend Steuern zu zahlen. Manche Milliardäre – und nicht nur Großkonzerne wie Google, Amazon, Starbucks – begehen Steuerflucht, bunkern ihre Aktiengewinne in Steueroasen und spekulieren mit Nahrungsmitteln, Landraub und Rüstungsgütern.

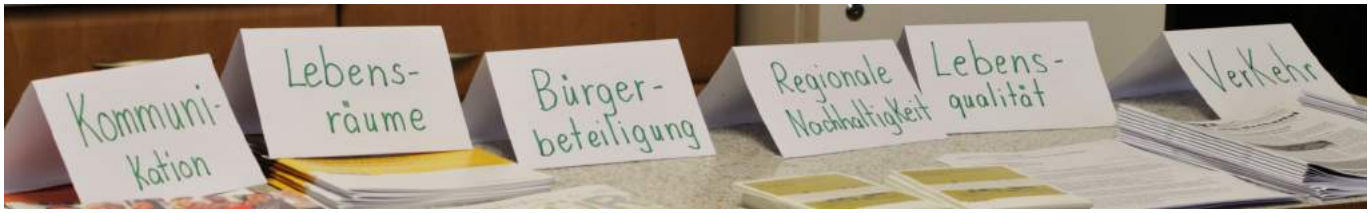
Vielleicht sollte sich Dr. Cuno mehr an die Fakten halten und sich zum Beispiel für eine Vermögenssteuer einsetzen, die als Landessteuer direkt dem Ländle und unseren Kommunen zugute käme!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Gesamteinnahmen Rottenburgs – Gewerbesteueranteil 2009-2016 (Abschlusszahlen)

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Grundsteuer	5.095	5.145	5.177	**5.277**	**5.361**	5.410	**5.560**	**5.554**
Gewerbesteuer	**7.637 (11,41%)**	**8.722 (12,79%)**	**13.004 (17,62%)**	**11.693 (15,25%)**	**11.608 (14,89%)**	**12.417 (14,55%)**	**13.784 (15,33%)**	**12.480 (15,58%)**
Gemeindeanteil Einkommensteuer	**15.741 (23,53%)**	**15.687 (23,01%)**	**16.579 (22,47%)**	**18.339 (23,91%)**	**19.519 (25,05%)**	**20.396 (23,89%)**	**21.609 (24,02%)**	**23.102 (25,13%)**
Schlüsselzuweisungen des Landes	**18.690 (27,95%)**	**19.171 (28,12%)**	**19.003 (25,75%)**	**19.478 (25,40%)**	**19.663 (25,24%)**	**24.975 (29, 26%)**	**25.097 (27,90%)**	**27.012 (29,38%)**
Gesamteinnahmen	**66.896**	**68.168**	**73.789**	**76.677**	**77.919**	**85.368**	**89.933**	**91.928**

Sämtliche absolute Zahlen beruhen auf städtischen Angaben. Die absoluten Zahlen sind in TEUR (Tausend Euro) angegeben, also Grundsteuer 5.095 sind 5.095.000 Euro. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamteinnahmen der Stadt. Die endgültigen Zahlen für 2017 liegen noch nicht vor.



Erfolgreiche Zukunftswerkstatt im AWO-Heim

Bessere Vernetzung soll Schlagkraft erhöhen

Fotos: N. Kern

Vor knapp zwanzig Teilnehmern eröffneten Gemeinderat Emanuel Peter und Dietmar Lipkow (Aktionsbündnis Galgenfeld) die dritte Zukunftswerkstatt in Rottenburg. An ihr nahmen Vertreter des Aktionsbündnisses „Kein Gewerbegebiet Galgenfeld“, des AK Stadtbild, der Bürger für Ergenzingen und des Vereins zur Steigerung der Lebensfreude teil. In Anlehnung an den Dokumentarfilm „Tomorrow“ bezeichnete Peter das Treffen als Beginn einer „Graswurzelbewegung von unten“ in Rottenburg. Enge Zusammenarbeit der Initiativen soll dem Auftreten gegenüber der Stadtverwaltung mehr Gewicht verleihen und zeigen, dass die künftige Stadtplanung (Wohnen, Treffs, Erholung, Arbeit) mit den BürgerInnen stattfinden muss.

In drei Arbeitsgruppen zu Vernetzung/ Bürgerbeteiligung, Lebensräume/ Lebensqualität und Nachhaltigkeit/ Ökologie diskutierten die Teilnehmer sehr intensiv und entwickelten zahlreiche Vorschläge, die auf der Homepage der Zukunftswerkstatt nachzulesen sind. Auf einer eigenen Cloud können Informationen und Diskussionsbeiträge eingestellt werden. Gemeinsam wollen sich die Teilnehmer den Film „Tomorrow“ ansehen und im Frühsommer ihr nächstes Treffen durchführen, um Schritte für die Umsetzung ihrer zahlreichen Vorschläge festzulegen. Dazu sollen weitere Interessierte eingeladen werden.

Homepage: „www. https. Zukunftswerkstatt-Rottenburg“.

Altstadt Rottenburg: Runder Tisch notwendig

Nach heftigem Protest vieler Anwohner mit langen Unterschriftenlisten hat der Gemeinderat die Verkehrssituation in der Altstadt korrigieren müssen. Für die neue Stadtbibliothek ist eine Sicherheitsfirma engagiert worden, die in den oberen Räumen für Ruhe und Sauberkeit sorgen soll. Für das Jugendcafé wurde Alkoholverbot und eingeschränkte Öffnungszeiten zugesagt.

Jetzt protestieren Anwohner der Parkzone 1 in der Altstadt, weil sie seit der Umstellung der Parksituation im Januar kaum noch Platz auf ihren Anwohnerparkplätzen bekommen. Sie fordern sichere Parkplätze in einem städtischen Parkhaus.
Ebenfalls werde im gesamten Altstadtgebiet willkürlich Müll illegal „entsorgt“. An Briefadressen in Müllbeuteln seien Täter sogar leicht zu erkennen.
Nicht nur nächtliche Ruhestörung verursachten einige alkoholisierte Jugendliche, die Anwohner und Passanten anpöbelten, sondern sogar leichtsinnig auf Baugerüste kletterten.

All dies zeigt, dass die Verwaltung wesentlich mehr für eine akzeptable Lebenssituation der Altstadtbewohner unternehmen muss, als sich in skandalöse Vorschläge von OB Neher, sie könnten ja umziehen, zu flüchten.

Hier gehören schwerpunktmäßig stärkere Kontrollen des Ordnungsdienstes, Streetworker und ein Runder Tisch von Verwaltung und Altstadtbewohnern hin, um die Situation in den Griff zu bekommen!

Außerdem muss die Verwaltung endlich die beschlossene Gesamtkonzeption für Verkehrsströme und Parkplätze in Rottenburg vorlegen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Nichts ist gut in Afghanistan!

Krieg ist keine Entwicklungshilfe und Bomben wecken kein Vertrauen. Abzug der Bundeswehr sofort!

Diese Überschrift war der Aufmachertitel auf der allerersten Ausgabe von „Neues aus dem Neckartal“. Es war im August 2010! Seitdem sind fast 8 Jahre vergangen und das Thema ist immer noch so aktuell wie damals.

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Politisches aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach, Neustetten und Überregionales

Ausgabe August 2010

Nichts ist gut in Afghanistan!

Krieg ist keine Entwicklungshilfe und Bomben wecken kein Vertrauen. Abzug der Bundeswehr sofort!

Mit diesem Satz erzeugte Margot Käßmann erheblichen Unmut bei den Befürwortern des Bundeswehreinsatzes. Kritiker dieses Krieges der Bundeswehr stimmten ihr zu. Und standhaften und haben Recht! Acht Monate später ist immer noch nichts besser in Afghanistan. Die Lage ist unsicherer geworden und was großen Sorgen sprach ein Generalmajor der Bundeswehr. Es muss leur und deutlich gesagt werden, ob denn mit militärischen Mitteln die angestrebten Ziele überhaupt erreicht werden können. Es wird von zwingenden Kriegsgründen gedeutet und die Zahl der toten Soldaten und Zivilpersonen verschweigen.

Freiheit und Demokratie, mehr Bildung und Frauenrechte lassen sich nicht mit dem Einsatz von Waffen herbeibomben. Weniger Frieden und mehr Gewalt sind die offensichtlichen Folgen des von Unwissenheit immer noch für richtig gehaltenen Krieges. DIE LINKE hat als einzige Fraktion im Bundestag den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan abgelehnt. Die Bundeswehr ist kein Teil der Konfliktlösung sondern ein Teil des Problems geworden. Längst hätte die Militärmission gestoppt und alle finanziellen und technischen Ressourcen allein in zivile Projekte umgeleitet werden müssen. Nicht mit Bomben auf Zivilisten wächst man zur Verbesserung der Sicherheit bei. Krieg ist keine Entwicklungshilfe! Allein die konkrete Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung kann die Überlegenheit eines demokratischen Systems beweisen.

Der sofortige Abzug der Bundeswehr ist zwingend notwendig! Das Versagen der Kriegspolitik der letzten Jahre ist Beweis genug! Mit Krieg erhält man sich keine Freunde unter der Zivilbevölkerung. Scheinbare bei korrupten Politikern und Warlords, denen Macht durch die Militärs der NATO abgesichert wird. Nur der Verzicht auf den Einsatz von Waffen kann langfristig allen Frieden sichern!

Norbert Kern

Rufen wir uns in Erinnerung: Seit 2001 wird Krieg gegen den Terror geführt. Aber wer ist der Gegner? Wo ist der Gegner? Herkömmliche Kriegführung scheint gegenüber diesem „Feind“ wenig erfolgreich zu sein.

„Im Krieg gegen die radikalislamischen Taliban und die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) sind in Afghanistan **das vierte Jahr in Folge mehr als 10.000 Zivilisten** getötet oder verletzt worden. Allerdings sank die Gesamtzahl der Opfer im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um neun Prozent auf 10.453 - das sind 3438 Tote sowie 7015 Verletzte.“ (Tagesschau vom 15. Februar 2018)

Es ist makaber, wenn sozusagen als Erfolgsbilanz der Rückgang der Anzahl an **zivilen** Toten betont wird. 57 deutsche Soldaten sind in Afghanistan zu Tode gekommen. Als Todesursachen werden Selbsttötungen, sogenannte Fremdeinwirkung und sonstige Umstände genannt. Die Anzahl der Soldaten, die mit sogenannten posttraumatischen Belastungsstörungen zurückgekommen sind, geht in die Hunderte. Es sind dabei nicht nur die Opfer betroffen, sondern ebenso die Väter und Mütter, Ehegatten, die Kinder, Freunde, Kameraden und Bekannte.

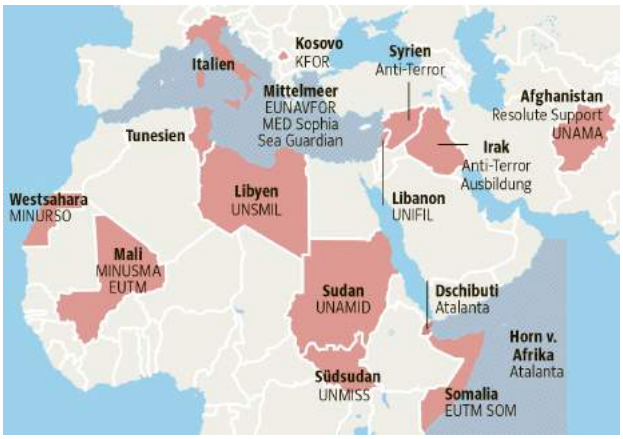
Weshalb kann man sich nicht von untauglichen Methoden des Kampfes gegen den Terror verabschieden? Dass die eingesetzten Mittel untauglich waren, liegt offen zutage. 2014 wurde der Kampfeinsatz beendet, aber weiterhin sind Soldaten in Afghanistan stationiert. Kann das als Erfolg gewertet werden?

Die geschäftsführende Regierung hatte die Gelegenheit genutzt und es bleibt offen, ob sie damit nicht weit über die Geschäftsführung hinausging. Das Kontingent soll von 980 auf 1.300 Soldaten erhöht werde. Da es sich nicht um eine Kampfmission sondern „nur“ um eine Ausbildungsmission handelt, soll damit der Schutz der Ausbilder und Berater erhöht werden. Die Begründung lautet, dass es die „schlechte Sicherheitslage“ erforderlich mache. Auf 1 Ausbilder werden 10 Unterstützungssoldaten kommen. Nichts ist gut in Afghanistan! Auf der Homepage der Bundeswehr (www. einsatz.bundeswehr.de) kann man dazu lesen: „Viel wurde seither erreicht. Die afghanischen Sicherheitskräfte haben inzwischen eine Stärke von rund 350.000 Mann und die Verantwortung für die Sicherheit in ihrem Land übernommen. Sie dabei zu unterstützen, diese Verantwortung wahrzunehmen, ist Ziel von Resolute Support.“

Aber nicht nur der Einsatz in Afghanistan wurde verlängert, ebenso in Mali, Irak, Sudan und Südsudan und im Mittelmeer.

Der Einsatz in **Mali** gilt als der gefährlichste der Bundeswehr und ist mit 1.100 der größte Einsatz der Bundeswehr. Auch dort soll stabiliert werden. „Die Stabilisierung Malis ist ein Schwerpunkt des deutschen Engagements in der Sahel-Region und eine zentrale Aufgabe der Afrikapolitik der Bundesregierung. Die Sicherheitslage in der Sahelregion, und insbesondere in Mali, ist weiterhin unbeständig. Deutschland hat ein erhebliches Interesse daran, Terrorismus, Kriminalität und Verarmung, die mittelfristig starke Auswirkungen auch auf Europa haben können, gemeinsam mit seinen europäischen und internationalen Partnern entgegenzutreten.“ Mit Soldaten gegen Terrorismus, Kriminalität und Verarmung! Kurz: **Das ist Militarisierung der Außenpolitik.**

Im **Irak** der Einsatz auf das ganze Land ausgedehnt werden. Auch der Ausbildung der irakischen Armee der Zentralregierung und nicht nur den



kurdischen Peschmerga-Kämpfern soll sie zu Teil werden. Ist zu hoffen, dass mit dem Einsatz im Irak nicht ein zweites Afghanistan droht.

Einerseits könnte es den „Friedensfreund“ erfreuen, wenn die Lücken bei der Ausrüstung der Bundeswehr, diese daran hindern würde, zum Einsatz zu kommen, andererseits ist zu befürchten, dass Soldaten in unverantwortlicher Weise trotzdem in Einsätze geschickt werden, um ihr Leben aufs „Spiel“ zu setzen.

Auffällig ist übrigens, dass wenig darüber zu lesen ist, wie es nach Erledigung der Missionen - oder sollte man sagen „nach den Siegen“ - in den dann stabilierten Ländern weitergehen soll. Vielleicht ist an einen Rückzug aber gar nicht gedacht. Dann braucht man natürlich auch keine Exit-Strategie.

Norbert Kern

Wendelsheim

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Abgefahren! - Runderneuert?

Sie sollten ihren Reifen mehr Aufmerksamkeit widmen

Mir war schon von Anfang an nicht so recht wohl. So wie man sich halt fühlt, wenn man für sein Auto einen TÜV-Termin hat. Kommt er durch? Kommt er nicht durch?

Der Mitarbeiter des PÜV (Politischer ÜberwachungsVerein) sah mich mitleidig an, als ich ihn fragte, ob ich mit dem Vehikel noch bis zur nächsten Wahl fahren könne. Mit erhobenem Zeigefinger belehrte er mich: „Sie wissen doch, dass fahren mit Mischbereifung gefährlich ist!“ Ich dachte, dass das nicht gut gehen würde und ahnte mich dem Abgrund schleudernd nähern.

Er hatte recht. Reichlich abgefahrene Schlappen - zudem hatte ich vergessen den Luftdruck zu kontrollieren. Es fiel nicht gleich auf, denn die Räder waren auf der Hebebühne unbelastet.

Wer mir diese Reifen aufgeschwätzt hat, wusste ich nicht mehr. Es muss bei sogenannten Koalitionsverhandlungen passiert sein. Alle Modelle wurden mir mit erneuert, aufgefrischt, umgestaltet und „nicht weiter so“ angepriesen. Mir war nicht klar, dass erneuert nicht anderes hieß als runderneuert, d.h. neuer Lauffläche auf altem Unterbau, „neues“ Profil auf alter Karkasse, frisches Dauer-Make up auf alter Haut. Kurz: alte Luft in alten Schläuchen.

Der PÜV-Mann sah genau hin und murmelte seine Beobachtung:
„Vorne links - Modell SPD-LAHM, vorne rechts das Modell CDU-RETRO, hinten rechts CSU-ULTRAKONS, hinten links …“ Er stutzte und sah

mich irritiert an. „Wo haben sie den denn her?“

Der PÜVler kannte das Modell nicht. Auffällig fand er die bräunliche Gummimischung und das eigenartige Profil - so zackige SSSSSSSS über die gesamte Lauffläche. „Wohl ein neuer Ganzjahresreifen“, vermutete er. „Wahrscheinlich im Alltagsbetrieb beim Rollgeräusch etwas vorlaut. Langer Bremsweg wegen der Gummimischung - aber so richtig in Fahrt werden sie mit dieser Karre sowieso nicht kommen. Mit diesen Reifen wollen Sie bis zur nächsten Wahl fahren?“

Mir war nicht wohl. Mir bleibt doch nichts anderes übrig! Oder sollte ich mir etwa einen Diesel kaufen?

Als nächstes prüfte er den Lenkeinschlag. „Nach rechts sehr gut, kaum Widerstand. Nach links - da klemmt‘s gewaltig! Oha, zerkratzte Frontscheibe: an Weitsicht wird es ihnen fehlen.“

Er verpasste mir eine blassfarbene Plakette, die mir das Fahren bis zur nächsten Wahl erlaubte. Sein mitleidiges Lächeln tat sehr weh. Wer bloß hatte mir diese Große kleine Koalition angedreht?

Sein abschließender Rat: „Probieren doch mal den LINKS-PROGRESSIV - nicht nur vorne links! Er läuft rund, ist ost-west-tauglich, sozial und zielorientiert bürgernah. Er hat Bodenhaftung und ist chic rot.“

„Überlassen Sie nie die Reifenwahl der SPD-Basis. Die hat wenig Ahnung von sozial und gerecht und von Reifen.“

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:
Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 24. März 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis *DIE LINKE* Rottenburg
Mittwoch, 28. März 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

50 Jahre Mai `68, VHS
Montag, 16. April 2018 s. Seite 2

Info-Stand *DIE LINKE* Rottenburg auf dem Metzelplatz
Samstag, 28. April 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe: **Freitag, 20. April 2018**

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de

Redaktion
Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75

V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49